

Editorial #15:

## **Gesetzesprojekt zu Begnadigungen: Wie viele Personen sind im Gefängnis?**

12.08.2021

von Ana Piquer, Exekutivdirektorin von Amnesty International, Chile

In den letzten Tagen wurde der Entwurf des Begnadigungsgesetzes erörtert und angenommen. Dieser Gesetzentwurf ist zwar umstritten, aber er zielt darauf ab, eine berechnete Forderung zu erfüllen: **eine Lösung für die Tatsache zu finden, dass in Chile Menschen ungerechtfertigt inhaftiert wurden und werden, weil sie protestiert haben.**

Es stimmt, dass keine Person ausdrücklich und offiziell "wegen Protestes" inhaftiert ist. Sie werden wegen einer Vielzahl von Straftaten angeklagt, vom Staatssicherheitsgesetz über das Waffenkontrollgesetz bis hin zur Störung der öffentlichen Ordnung. Die Tatsache, dass sie einer Straftat angeklagt sind, rechtfertigt jedoch nicht automatisch einen Freiheitsentzug. Es ist wichtig zu berücksichtigen, dass die Untersuchungshaft eine Ausnahme darstellt und dass geprüft werden muss, ob die Person tatsächlich an der Straftat beteiligt war oder nicht.

Eines der ersten Probleme, die sich in der Debatte der Kommission herauskristallisiert hat, ist, dass zwar bekannt ist, dass es sie gibt, aber nicht genau bekannt ist, wie viele Menschen wegen Straftaten im Zusammenhang mit den Protesten im Rahmen der sozialen Unruhen inhaftiert wurden oder noch inhaftiert sind. Es gibt keine offiziellen Zahlen. Die von den verschiedenen staatlichen Institutionen angegebenen Zahlen verwenden unterschiedliche Kriterien, um zu definieren, welche Fälle zählen und welche nicht, so dass sie nicht vergleichbar und möglicherweise unvollständig sind. Andere staatliche Institutionen haben offen gesagt, dass sie keine Zahlen nennen können.

Das Problem zeigt sich, weil mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen und Anwäl:innen, die Menschen in dieser Situation verteidigt haben oder der Sache nachgegangen sind, wichtige Warnzeichen festgestellt haben: Anklagen mit wenig Beweisen - oft nur auf der Grundlage von Aussagen der Polizei - und ein unverhältnismäßiger Einsatz von Untersuchungshaft. **Es gibt nicht wenige Fälle, in denen Menschen monatelang, manchmal sogar ein Jahr oder länger, in Haft waren, um dann freigesprochen zu werden oder freizukommen.**

**Diese Menschen hätten niemals inhaftiert werden dürfen. Was sie erlebt haben, ist auch eine Verletzung ihrer Menschenrechte, insbesondere ihres Rechts auf ein ordentliches Verfahren.** Aber es scheint, dass dies für die Regierung und die Justiz nicht wichtig genug ist, um es gründlich zu überprüfen. Es ist dringend erforderlich, dass der Staat alle Anstrengungen unternimmt, um ein genaues Register der Personen zu erstellen, die im Rahmen der Proteste kriminalisiert wurden, ob sie im Gefängnis waren oder sind, und dass diese Inhaftierung nicht ungerechtfertigt war. Wenn festgestellt wird - und alles deutet darauf hin -, dass dies über Einzelfälle hinausgeht, müssen dringend die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um die missbräuchliche Anwendung des Strafrechts zur Kriminalisierung von Protesten in Zukunft zu verhindern.